
These 2

Die DDR war keine deutsche Diktatur, sondern eine Diktatur auf deutschem Boden – ein Kunstprodukt ohne Legitimität. Die DDR wurde lange von der Sowjetunion und den anderen Staaten des Warschauer Paktes von außen gestützt und schließlich durch den Mut und Freiheitswillen der Bürger von innen gestürzt.

— . — . —

Die DDR als ein Kunstprodukt ohne Legitimität

Manfred Wilke

I. Alliierte Grundsatzentscheidungen über Deutschland

Das Ende des Zweiten Weltkrieges bildet die Scheidelinie zwischen der durch den Sieg der alliierten Armeen über das Deutsche Reich zerschlagenen Diktatur der Nationalsozialisten und der Entstehung der zweiten, der kommunistischen Diktatur in dem von der Sowjetunion besetzten Teil Deutschlands. Die Deutsche Wehrmacht hatte am 8. Mai 1945 bedingungslos kapituliert. Zu diesem Zeitpunkt war eine Reihe von alliierten Grundsatzentscheidungen über Deutschland bereits gefallen, die zum Ausgangspunkt der deutschen Nachkriegsgeschichte werden sollten:

- Die Ostgebiete des Deutschen Reiches wurden abgetrennt und unter sowjetische oder polnische Verwaltungen gestellt; im Westen verfuhr Frankreich mit dem Saargebiet ähnlich. Die Bevölkerung Ost- und Westpreu-

ßens, Schlesiens und Pommerns wurde jedoch – anders als die des Saargebiets – ausgesiedelt.

- Deutschland verlor seine Souveränität. Es wurde zur Erfüllung der alliierten Kriegsziele besetzt und in vier Besatzungszonen unterteilt.
- Die Entscheidung über die Zukunft Deutschlands behielten sich die vier Siegermächte vor; ihre Vorbehaltsrechte endeten erst 1990.
- Die Oberbefehlshaber der jeweiligen Besatzungstruppen übten in ihren Zonen die oberste Regierungsgewalt aus; deutsche Behörden mussten ihre Befehle ausführen.
- Deutschland sollte als wirtschaftliche Einheit weiter bestehen. Entscheidungen, die Deutschland als Ganzes betrafen, traf der Alliierte Kontrollrat, gebildet von den vier Oberkommandierenden der Besatzungstruppen mit Sitz in Berlin. Er entschied im Konsens, jede der Mächte besaß so ein Veto-Recht. 1948 verließ die Sowjetunion den Kontrollrat. Bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1949 stand Deutschland unter Militärverwaltung.
- Berlin gehörte keiner Zone an, für die Stadt galt ein Vier-Mächte-Status. Sie wurde in vier Sektoren unterteilt und von einer alliierten Kommandantur regiert, die die Sowjetunion ebenfalls 1948 verließ.

Das Versprechen der Siegermächte an die vom Nationalsozialismus befreiten Deutschen war, dass sich die vier Mächte auf einen Friedensvertrag für Deutschland einigen würden. Unter ihrer Kontrolle sollten die Deutschen die Möglichkeit erhalten, wieder einen demokratischen Staat aufzubauen.

Die Vier-Mächte-Kontrolle über Deutschland zerbrach 1948, als der Kalte Krieg zwischen dem sowjetischen Imperium und den Vereinigten Staaten mit ihren Verbündeten offen ausbrach. Eine der ersten Schlachten wurde um Berlin geschlagen. Die Sowjetunion wollte mit einer Blockade der Transitstrecken durch die sowjetische Besatzungszone

(SBZ) die Westmächte aus der Stadt vertreiben, um danach auch West-Berlin der SBZ einzuverleiben. Mit einer Luftbrücke durchkreuzten die USA diesen Plan, aber der Preis war die politische Spaltung der Stadt. Die deutschen Kommunisten bekamen ihre Gelegenheit, in der SBZ ihren Separatstaat und ihre Diktatur zu festigen.

II. Planungen

Die Planungen für eine kommunistische Diktatur hatten Kader der KPD bereits 1944 in Moskau begonnen. Sie liefen parallel zu jenen im sowjetischen Außenministerium, das sich mit der europäischen Nachkriegsordnung und den Grenzen der sowjetischen Einflusszone befasste. Die sowjetische kommunistische Partei (KPdSU) wies Wilhelm Florin, Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und weitere Kader der KPD-Emigration an, ein Aktionsprogramm kommunistischer Politik unter den Bedingungen der alliierten Besetzung Deutschlands zu entwickeln. Sprache und Inhalt der Programmatik waren vorgegeben. Es durften keine offenen sozialistischen Forderungen erhoben werden, die „reaktionären Kreisen“ in Großbritannien und den USA Anlass hätten liefern können, die „Anti-Hitler-Koalition“ zu sprengen. „Demokratie“ und „Antifaschismus“, aber nicht „Sozialismus“ gehörten zu den Schlüsselbegriffen in der KPD-Programmatik von 1944/45. Der kommunistische Führungsanspruch in der künftigen demokratischen Republik wurde mit der Forderung nach einem „Block der antifaschistischen Parteien“ bemäntelt.

Ulbricht und Pieck schrieben sich für die deutsche Nachkriegspolitik eine Schlüsselrolle zu, die auf fünf Prämissen beruhte: 1. Die Sowjetunion übt im Nachkriegseuropa eine hegemoniale Stellung aus. 2. Die KPD bleibt eine marxistisch-leninistisch-stalinistische Partei. 3. Die

KPD erstrebt weiterhin die „ungeteilte Macht“ im Staat. 4. Deutschland ohne eine starke KPD ist eine Gefahr für die Sowjetunion. 5. Die Grundfrage deutscher Politik nach Hitler heißt Ost- oder Westorientierung des Landes.

Zu einem Zeitpunkt, als die westlichen Alliierten der Sowjetunion noch nicht in der Normandie gelandet waren, bereiteten sich bereits die künftigen Repräsentanten des sozialistischen Kernstaates DDR auf die unausweichliche Auseinandersetzung mit den Westmächten und den mit ihnen verbündeten deutschen demokratischen Politikern um die innere Ordnung Deutschlands vor. Das Schlüsselwort „Demokratie“ war den Umständen geschuldet, nicht der eigenen Überzeugung und Motivation. Die Kommunisten wollten eine Partei der Diktatur sein.

III. Weichenstellung für die Diktatur

Das alliierte Kontrollrecht über Deutschland war für die Sowjetunion das wichtigste Instrument, um unmittelbar nach dem Ende der Kampfhandlungen in ihrer Besatzungszone mit dem Aufbau der zweiten Diktatur zu beginnen. Beim Aufbau neuer deutscher Verwaltungen in den Städten und Gemeinden sowie bei der Bildung der neuen Landesregierungen halfen Einsatzgruppen deutscher Kommunisten, die „Moskau-Kader“, der sowjetischen Militäradministration bei ihrer Personalpolitik. Die Berliner Einsatzgruppe unterstand der politischen Hauptverwaltung der Armee von Marschall Georgi K. Schukow und wurde geführt von Walter Ulbricht. Schon 1945 übernahmen Kommunisten im Auftrag der Besatzungsmacht Schlüsselpositionen; sie waren verantwortlich für die Polizei, die Personalämter, die Volksbildung und den Rundfunk.

Am 5. Juni 1945 übernahmen die Befehlshaber der alliierten Streitkräfte die oberste Regierungsgewalt in Deutsch-

land und in ihren jeweiligen Besatzungszonen. Im Zusammenhang mit diesem Ereignis empfing der sowjetische Diktator Josef W. Stalin nach Jahren Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht erstmals wieder zum Rapport im Kreml, um die Parteilinie der KPD festzulegen. Es ging um die personelle Zusammensetzung der Parteiführung, ihre Programmatik und die vordringlichsten Aufgaben in Deutschland, den Aufbau der KPD und des neuen „demokratischen Staates“ in der SBZ. Zeitgleich ließ die Sowjetische Militäradministration (SMAD) in ihrer Besatzungszone Gewerkschaften und vier „antifaschistisch-demokratische Parteien“ zu: die KPD, die SPD, die Liberaldemokraten und die CDU. In der KPD-Führung war Ulbricht zuständig für den Aufbau des Staates und die Kontakte zwischen der KPD und der SMAD, die über die reale Macht in der SBZ verfügte. Iwan Serow, der Chef der sowjetischen Geheimdienste in der SBZ, überwachte in der SMAD auch den Aufbau dieses „demokratischen“ Staates. Serow war somit zuständig für die Verhaftungen von Gegnern, die sich in der SBZ dem kommunistischen Führungsanspruch widersetzten. Schon bei der Grundsteinlegung der implantierten Diktatur sorgte die sowjetische Geheimpolizei für die Bereitstellung des Rohstoffes Angst in der Bevölkerung, um sie durchzusetzen. 1950 wurde das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) gegründet und übernahm von seinem sowjetischen Vorbild diese Aufgabe bis 1989.

IV. Das sowjetische Imperium und die Teilung Deutschlands

Beginnend in Polen 1944 etablierte die Sowjetunion in den durch ihre Armee von der deutschen Okkupation befreiten Staaten Ost-Mitteuropas und des Balkans von Kommunisten geführte Regierungen der Nationalen Front. Die Kommunisten etablierten in ihren Ländern, gestützt auf

die Rote Armee, „Volksdemokratien“ und schalteten die alten Eliten, die vor dem Zweiten Weltkrieg diese Länder regiert hatten, in Politik und Gesellschaft aus.

Auf diese Weise entstand das sowjetische Imperium mit seiner Zentrale in Moskau, welche die politische und ideologische „Generallinie“ vorgab, und einer Reihe von kommunistisch regierten Vasallenstaaten. Unter dieser imperialen Ordnung konnten die kommunistischen Parteien in ihren Ländern die „Diktatur des Proletariats“ errichten, ihre Generalsekretäre den „Personenkult“ Josef Stalins imitieren, vorausgesetzt, sie befolgten widerspruchslos die Moskauer Generallinie. Dies galt besonders nach dem Bruch der jugoslawischen Kommunisten mit Stalin 1948, dem eine „Säuberungswelle“ in den regierenden kommunistischen Parteien und eine Reihe politischer Schauprozesse folgten, die auch die SED und KPD in der Bundesrepublik trafen. Hatte die KPD vor Gründung der SED noch einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus propagiert, so galt ab 1948 das sowjetische Vorbild als einziger Weg zum Sieg des Sozialismus, und jede Abweichung von ihm war „Verrat“.

Im Schicksalsjahr 1948 wurde die Teilung Deutschlands zur Tatsache. Die Westmächte und die Sowjetunion begannen mit der Vorbereitung von zwei Staatsgründungen, die dann 1949 erfolgten. Im Konflikt mit den Westmächten wurde die DDR zum Front- und „Garnisonsstaat“ der sowjetischen Armee; dies blieb sie bis 1989. Die Brechung des amerikanischen Atomwaffenmonopols entschied nach Hiroshima über den Status der Sowjetunion als Weltmacht. Das Uran für die sowjetische Bombe von 1949 kam ab 1947 aus Sachsen.

V. Macht ohne Mandat

Die Hoffnungen unter Kommunisten und Sozialdemokraten auf einen sozialistischen Neuanfang und die Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung nach der Befreiung von der Nazi-Herrschaft waren groß. Unbestreitbar sorgte auch die Sehnsucht nach einer gerechten Gesellschaft, nach gesicherter Mitbestimmung der Arbeiterklasse im demokratischen Staat und nach Frieden für eine Aufbruchstimmung in der SBZ. Diese Hoffnungen hatten keine Chance. Über den Sozialismus und die Sozialistische Einheitspartei entschieden nicht die Deutschen. Die Macht der Kommunisten in der SBZ/DDR beruhte auf der Entscheidung der sowjetischen Siegermacht, die auch bestimmte, welche Kader an der Spitze von Partei und Staat diese Macht ausüben sollten. Es war eine Macht ohne Mandat durch die ihr unterworfenen Deutschen.

Dies zeigte sich bereits 1946. Im Kontrollrat hatten sich die Alliierten darauf geeinigt, dass 1946 in den neu geordneten Ländern der Besatzungszonen Wahlen zu den Länderparlamenten stattfinden sollten, um demokratisch legitimierte Landesregierungen zu bilden. Bevor diese Wahlen in der SBZ stattfanden, veränderten SMAD und KPD die Parteienlandschaft.

Die Sowjets setzten den Vorstand der CDU ab und begannen die Gleichschaltung der bürgerlichen Blockparteien. Entgegen den Erwartungen der Moskau-Kader der KPD wurde auch in der SBZ die SPD die stärkere der beiden Arbeiterparteien. Die KPD galt bei der Bevölkerung als „Russenpartei“. Während Kurt Schumacher in den westlichen Besatzungszonen eine sozialistische Einheitspartei scharf ablehnte, da die KPD ein Instrument der sowjetischen Außenpolitik sei, schloss Otto Grotewohl in der SBZ ein Abkommen über die Aktionseinheit mit der KPD. Unter dem doppelten Druck der Militäradministration und der KPD

unterwarf er sich „einvernehmlich“ und willigte in die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) ein. Der Parteiname war ein Vorschlag des sowjetischen Diktators Stalin und sollte den gesamtdeutschen Machtanspruch der Partei zum Ausdruck bringen. Bei den Landtagswahlen in der SBZ im Herbst 1946 wurde die SED mit 53 Prozent der 3,2 Millionen abgegebenen Stimmen stärkste Partei, aber die Liberaldemokraten und die CDU kamen zusammen auf 43 Prozent. In Berlin wurde die Wahl zu einer Katastrophe für die SED: Bei einer Wahlbeteiligung von 92,3 Prozent erhielt sie nur 19,8 Prozent der Stimmen, mit 48,7 Prozent siegte die SPD. Bis zum 18. März 1990 waren die Landtagswahlen in der SBZ und Groß-Berlin die letzten freien Wahlen, die die SED in ihrem Machtbereich zuließ.

VI. Boden- und Industriereform

Die Verstaatlichung der großen Industrie, die Kollektivierung der Landwirtschaft und der Aufbau der zentralisierten Planwirtschaft gehörten zu den Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft, wie sie in der Sowjetunion errichtet wurde. Die Transformation der überkommenen Eigentumsordnung in der Wirtschaft begann in der SBZ sofort. Die Bodenreform mit ihren entschädigungslosen Enteignungen des Grundbesitzes über 100 Hektar veränderte die Sozialstruktur im ländlichen Raum. Die Enteignung der Unternehmen von „Nazi- und Kriegsverbrechern“ veränderte die Eigentumsverhältnisse in der Industrie grundlegend; der staatliche Sektor wuchs. Der Wiederaufbau der Wirtschaft orientierte sich an der Zentralverwaltungswirtschaft der Sowjetunion. Die 200 wichtigsten Betriebe in der SBZ wurden sowjetische Aktiengesellschaften. Sie erzeugten 25 Prozent der gesamten Produktion der SBZ, die als

Reparationen in die Sowjetunion geliefert wurden. Erst nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 verzichtete die Sowjetunion auf die Reparationen und übergab die sowjetischen Aktiengesellschaften an die DDR. Mit der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) entstand 1948 die staatliche Plankommission für die ein Jahr später gegründete DDR.

VII. Flucht und Grenzen

Im Sommer 1989 gab das Bundesinnenministerium die Zahl der Flüchtlinge, Übersiedler und freigekauften Häftlinge aus der SBZ/DDR seit 1945 mit 4.035.093 an. Knapp drei Millionen kamen bis zum 13. August 1961. Schon 1952 hatte Stalin befohlen, die rund 1.300 Kilometer lange innerdeutsche Zonengrenze zu befestigen. Als Fluchtmöglichkeit blieb der DDR-Bevölkerung Berlin. Die Reiseetze der DDR stellten das unerlaubte Verlassen des Staates als „Republikflucht“ unter Strafe, konnten aber 1960/61 eine für die DDR existenzgefährdende Fluchtwelle nicht bremsen. Die Abstimmung mit den Füßen qualifizierter Facharbeiter, Bauern, die vor der Kollektivierung der Landwirtschaft flohen, von Ingenieuren und Ärzten verursachte einen nur schwer ersetzbaren Aderlass für die Volkswirtschaft der DDR.

Anfang August 1961 entschied sich der sowjetische Parteichef Nikita S. Chruschtschow zur Rettung des SED-Staates. Die Sektorengrenze zwischen Ost- und West-Berlin wurde abgeriegelt, eine Maßnahme, die Ulbricht dringlich gefordert hatte. Die Berliner Mauer schloss für über 28 Jahre die Grenzen der DDR zum westlichen Deutschland. Der Mauerbau war zugleich das Eingeständnis des sozialistischen Kernstaates, dass er die Systemkonkurrenz mit der Bundesrepublik auf politischem und öko-

nomischem Gebiet verloren hatte und nur noch bei geschlossenen Grenzen existieren konnte.

Als die Ungarn im Sommer 1989 den „Eisernen Vorhang“ an der österreichischen Grenze beseitigten, setzte eine Fluchtwelle aus der DDR ein, der im Herbst die Demokratie auf der Straße, die Montagsdemonstrationen, im Land folgten. Mit dem Ruf „Wir sind das Volk“ entzogen die DDR-Bürger der SED das Mandat zur Machtausübung. Im Unterschied zum 17. Juni 1953 blieben die sowjetischen Truppen in ihren Kasernen. Der im Prozess der friedlichen Revolution in der DDR erfolgte Fall der Berliner Mauer war der Anfang vom Ende des kommunistischen Teilstaates und eröffnete den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit.

VIII. Das sowjetische Mandat der SED-Generalsekretäre

Die Organisationsstruktur der kommunistischen Parteien war zentralistisch. Die Spitze der Hierarchie bildete der Generalsekretär (zeitweilig Erster Sekretär) des Zentralkomitees. Die SED hatte nacheinander drei Generalsekretäre, und die Geschichte der DDR lässt sich in zwei Phasen einteilen: die Ära Ulbricht bis 1971 und die Ära Honecker bis 1989. Ihr folgte schließlich der Konkursverwalter Egon Krenz, der dieses Amt von Oktober bis Dezember 1989 ausübte. Alle drei Generalsekretäre strebten danach, die Macht über die Partei mit der über den Staat zu vereinen. Sie waren Vorsitzende des „Nationalen Verteidigungsrates“, in dem über die Sicherheitspolitik der DDR entschieden wurde. Walter Ulbricht und Erich Honecker wurden in ihrer Funktion durch den jeweiligen Generalsekretär der KPdSU „bestätigt“. Nach dem Tod Stalins und dem 17. Juni 1953 in der DDR bestätigte Chruschtschow Ulbricht erneut. Auch über die Abberufung der Generalsekretäre wurde in Moskau

entschieden, wie der Amtsverlust Ulbrichts zeigte. Am 21. Januar 1971 wandte sich die Mehrheit der Mitglieder des Politbüros der SED, das war ihr Führungsgremium, brieflich an Leonid I. Breschnew mit der Bitte, dass er Ulbricht in einem Gespräch überzeugen solle, „von sich aus“ das Zentralkomitee der SED zu bitten, ihn von seiner Funktion zu entbinden. Am 3. Mai 1971 tat er, was von ihm verlangt wurde. Breschnew gab schon ein Jahr zuvor seinem neuen Mann in Ost-Berlin eine Warnung mit auf den Weg: „Wir haben doch Truppen bei euch [in der DDR, der Verf.]. Erich, ich sage dir offen, vergiss das nie: Die DDR kann ohne uns, ohne die SU, ihre Macht und Stärke, nicht existieren. Ohne uns gibt es keine DDR. Die Existenz der DDR entspricht unseren Interessen, den Interessen aller sozialistischen Staaten. Sie ist das Ergebnis unseres Sieges gegenüber Hitlerdeutschland. Deutschland gibt es nicht mehr, das ist gut so. Es gibt die sozialistische DDR und die imperialistische Bundesrepublik.“

Erst Egon Krenz wurde vom Zentralkomitee der SED gewählt; KPdSU-Generalsekretär Michail S. Gorbatschow wurde über den Vorgang nur informiert. Ausgerechnet Krenz dokumentierte die wirklichen Machtverhältnisse zwischen der KPdSU und der SED bei seinem Antrittsbesuch am 1. November 1989, als er von Gorbatschow eine verbindliche Vorgabe für seine Politik erbat. Er fragte, welchen Platz die Sowjetunion für die DDR und die Bundesrepublik im künftigen Haus Europa vorgesehen habe. Dies sei für die Gestaltung der künftigen Beziehungen zur Bundesrepublik von existenzieller Bedeutung für die SED. Abschließend wies Krenz auf den qualitativen Unterschied zwischen der DDR und den anderen sozialistischen Nationalstaaten hin: „Die DDR sei in gewisser Weise das Kind der Sowjetunion, und die Vaterschaft über seine Kinder müsse man anerkennen.“

1989 war die Zeit vorbei, in der die Sowjetunion dieser Pflicht nachkommen wollte und konnte, zumal die SED

in ihrem Staat zu diesem Zeitpunkt bereits ihr Machtmonopol verloren hatte. Spätestens nach dem Mauerfall sah es die ganze Welt: Deutschland, die deutsche Nation gab es noch.

Literatur

Erler, Peter / Laude, Horst / Wilke, Manfred (Hrsg.): „Nach Hitler kommen wir“. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland. – Berlin, Akademie Verlag, 1994. – (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin).

Foitzik, Jan: Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD). 1945–1949. Struktur und Funktion. – Berlin: Akademie Verlag, 1999. – (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; 44).

Malycha, Andreas / Winters, Peter Jochen: Die SED. Geschichte einer deutschen Partei. – München: Beck, 2009. – (Beck'sche Reihe; 1944).

Przybylski, Peter: Tatort Politbüro. Die Akte Honecker. – Berlin: Rowohlt, 1991.

Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.): „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“. Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89. – Berlin: Dietz, 1994.

Weber, Hermann: Geschichte der DDR. – aktual. und erw. Neuauflage. – München: Deutscher Taschenbuchverlag, 1999.

Wilke, Manfred (Hrsg.): Anatomie der Parteizentrale: Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht. – Berlin: Akademie Verlag, 1998. – (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin).